

# Union in Deutschland

## Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestraße 2, Postscheckkonto Köln 36531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 90

Bonn, den 12. November 1952

VI. Jahrg.

## Befriedigendes Wahlergebnis in drei Ländern

**Stimmenzuwachs der CDU in Nordrhein-Westfalen – Voller Sieg der Regierungskoalition in Rheinland-Pfalz – Antimarxistische Mehrheit in Niedersachsen**

Etwa die Hälfte aller wahlberechtigten Männer und Frauen der Bundesrepublik ist am vergangenen Sonntag an die Urne gerufen worden, um die Stimmen für die Gemeindevertretungen und Kreisvertretungen abzugeben. Außerdem fanden in Niedersachsen noch je eine Nachwahl für den Bundestag (Mandat des verstorbenen SPD-Parteiführers Dr. Schumacher) und für den Landtag (in Wittmund) statt.

Es ist selbstverständlich, daß Wahlhandlungen dieses Ausmaßes über den eigentlichen Zweck hinaus als allgemeines Stimmungszeichen gewertet werden. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß Kommunalwahlen, besonders in den kleineren und mittleren Gemeinden, Gruppierungen unter wesentlich anderen Gesichtspunkten herbeizuführen pflegen als sie bei Bundestags- oder Landtagswahlen üblich sind. Die Rückschlüsse, die aus solchen Ergebnissen etwa auf die Entwicklung der großen politischen Parteien gezogen werden, sind darum mit einem gewissen Vorbehalt aufzunehmen. Hinzu kommt für Niedersachsen die Besonderheit des dortigen Wahlsystems, das es den Wählern erlaubt, drei Stimmen abzugeben und zwar gegebenenfalls auch zugunsten von Kandidaten verschiedener Listen oder Parteien.

Bei der Gesamtbewertung der Sonntagswahlen ist zunächst die erfreulich hohe Wahlbeteiligung festzustellen, die gerade bei Kommunalwahlen als ein Zeichen dafür angesehen werden kann, daß die Stagnation des politischen Interesses anscheinend im Rückgang ist. Hinzu kommt, daß diesmal die Gesamtzahl der Wähler durch neuhinzutretende Wahlberechtigte einen größeren Zuwachs erhielt. Auch die neuen Wähler haben also weitgehend ihre staatsbürgerliche Pflicht erfüllt.

Wenn man unter den obengenannten Vorbehalten die These der SPD annehmen will, daß es sich hier auch um eine Vorentscheidung für die Bundestagswahlen gehandelt hat, so kann das Resultat vom Standpunkt der Bundesregierung und ihrer Koalition als durchaus befriedigend angesehen werden. Die CDU hat in den Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz absolut an Stimmen gewonnen und ihre politische Position gegenüber den andern Parteien mit einigen unwesentlichen Abstrichen gut behauptet. Für die Politik der Regierungskoalition ist in Rheinland-Pfalz eine Mehrheit von 55 Prozent, in Nordrhein-Westfalen vorläufig eine Ziffer von etwa 48 Prozent festzustellen. Daß bei Bundestagswahlen zahlreiche Sonderlisten auf örtlicher Basis in stärkerem Maße dem „bürgerlichen“ Lager zugezählt werden können, als der SPD, muß bei dieser Wertung berücksichtigt werden. Auch die CDU als solche kann mit dem Ergebnis zufrieden sein, das ein Anwachsen ihrer Stimmen erbracht hat. Am Rande kann

vermerkt werden, daß ein beträchtliches Ansteigen der Stimmen und des prozentualen Gewichtes gerade auch in Städten zu verzeichnen ist, in denen ehemals der CDU angehörige Gegner der Außenpolitik des Bundeskanzlers in den letzten Monaten erheblichen propagandistischen Aufwand gemacht haben: In Essen, der Stadt Dr. Heinemanns, und in Mönchen-Gladbach, der Stadt des früheren CDU-Ober-

### Mehrheit für Bundespolitik unerschüttert

Der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Dr. Gerhard Schröder gab zu dem Ausgang der Kommunalwahlen vom 9. November 1952 folgende Erklärung ab:

Die Beurteilung des Wahlergebnisses vom 9. November 1952 ist durch regional verschiedenartige Wahlbündnisse erschwert.

Der Schrumpfungszug der KPD hat der SPD Stimmen zugeführt. Die Links-Rechts-Verschiebung in der deutschen Wählerschaft hält noch an, wobei die kurzsichtige Zersplitterung im nichtsozialistischen Lager bedenklich erscheint. **Die CDU hat sich befriedigend geschlagen und als tragende Säule der deutschen Politik bewährt.** Die Ergebnisse der Kommunalwahlen lassen im allgemeinen den Rückschluß zu, daß die Mehrheit für die derzeitige Bundespolitik unerschüttert ist und bei systematischer Aufklärungs- und Werbearbeit noch verstärkt werden kann.

bürgermeisters Elfes. In Essen hat sich seit den letzten Kommunalwahlen 1948 die Stimmenzahl von 72 333 = 30,7 Prozent auf 111 856 = 35,8 Prozent gesteigert, in Mönchen-Gladbach von 18 557 = 38,5 Prozent auf 26 698 = 43,9 Prozent! Das ist für die Absicht abenteuerlicher Parteineugründungen nicht gerade ermutigend!

In Niedersachsen brachten die Wahlen eine schwere Enttäuschung für die SPD. Alle Hoffnungen, die Macht der SPD weiter auszudehnen, sind geschwunden. Die Partei, die ihre Regierungsmacht aufs rücksichtsloseste ausgeübt hat, mußte bei den Kommunalwahlen im Gesamtergebnis Verluste in Kauf nehmen. Die SPD errang 32 Prozent der Stimmen (gegenüber 33,7 Prozent bei den letzten Landtagswahlen). Der Block CDU/DP/FDP mit benachbarten Gruppen hat

51 Prozent der Wählerstimmen gewonnen, gegen etwa 32 Prozent bei den letzten Landtagswahlen. Der BHE hat 16 Prozent der Stimmen erreicht gegen 14,9 Prozent bei den Landtagswahlen. Besonders schmerzlich war für die SPD der Verlust der roten Hochburg Braunschweig. Dort stehen nunmehr 22 SPD-Mandaten 22 Mandate des bürgerlichen Blocks und 17 BHE-Mandate gegenüber.

Die Stimmen der ehemaligen SRP sind einwandfrei nicht den Kommunisten zugute gekommen, wie Herr Remer es angedroht hatte. Sie haben sich anscheinend auf die verschiedenen Gruppen in Wahl von Einzelpersonlichkeiten verteilt. Das ist ebenfalls ein Zeichen der Gesundheit. Wie überhaupt die völlige Niederlage der extremen Parteien als ein auch in die Außenpolitik hineinwirkendes erfreuliches Ergebnis festzustellen ist. Die KPD befindet sich weiterhin und fast überall erneut im Abstieg. Rechtsradikale Bewegungen sind auch in den beiden westlichen Ländern nirgendwo zum Zuge gekommen.

Die Bundestagsnachwahl in Hannover hat in dem bombensicheren Wahlkreise des verstorbenen Parteiführers Dr. Schumacher einen neuen SPD-Abgeordneten nach Bonn entsandt. In Wittmund dagegen ist bei der Landtagsnachwahl das bisher der SPD gehörende Mandat von einem FDP-Kandidaten erobert worden, ebenfalls ein Zeichen, daß auch in Niedersachsen die SPD-Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Wie wir aus Hannover erfahren, hat sich die CDU auch innerhalb der Sammellisten ausgezeichnet gehalten, ein Zeichen dafür, daß die Zeit der inneren Unsicherheit abgeschlossen und der Gesundungsprozeß im Fortschreiten ist. So ergeben sich auch für Niedersachsen im Hinblick auf die Bundestagswahlen durchaus erfreuliche Aussichten. Die Politik der Bundesregierung hat im großen ebenso das Vertrauen breiter Wählerschichten gewonnen wie im einzelnen die Grundsätze einer gesunden und verantwortungsvollen Kommunalpolitik auf christlicher und demokratischer Grundlage wachsende Zustimmung gefunden haben.

### Ohne „Nebenlisten“ – klare Mehrheit

Ein zuverlässiger politischer Maßstab für die Beurteilung der Kommunalwahlen ist nur dort zu finden, wo die Wahl nach den Listen der großen politischen Parteien und nicht nach Nebenlisten, den sogenannten „freien Listen“, durchgeführt worden ist. Unter diesem Gesichtswinkel ist die ausschlaggebende Bedeutung der Wahl zum Bezirkstage in der Pfalz hervorzuheben, weil nur dort ohne jede Nebenlisten abgestimmt worden ist. Das Ergebnis ist ein klarer Erfolg für die CDU bzw. die Rheinland-Pfälzische Regierungskoalition. Nunmehr haben die beiden Regierungsparteien CDU und FDP im Pfäl-

## Termingerechte Verwirklichung Hebung des Lebensstandards durch Montanunion

Übers Wochenende tagte in Luxemburg der sogenannte Organisationsausschuß des Schumanplan-Parlaments. Ihm war die Aufgabe gestellt, die politischen und technischen Verbindungen zwischen exekutiven Organen des Schumanplans zur Hohen Behörde herzustellen, also die Bildung der Arbeitsausschüsse analog dem organischen Aufbau dieser Behörde.

Zum ersten Male seit Arbeitsaufnahme in der von sechs europäischen Staaten besetzten Hohen Behörde gab deren Präsident, Jean Monnet, einen Bericht über die geleistete Vorarbeit zur Verwirklichung der gemeinsamen Märkte von Kohle, Stahl und Schrott. Angesichts der unverkennbaren Schwerfälligkeit in der Realisierung gewisser anderer europäischer Projekte, war es auch den Optimisten des Schumanplan-Gedankens überraschend, daß bereits jetzt mit einiger Sicherheit festgestellt wurde: die Termine zur Einführung der gemeinsamen Märkte — vor über einem Jahr in den Übergangsbestimmungen des Schumanplan-Vertrages genannt — werden eingehalten. Das bedeutet: gemeinsamer Markt für Kohle im Februar kommenden Jahres, gemeinsamer Markt für Stahl im April und gemeinsamer Markt für Schrott im August. Damit ist ein Beweis für die bereits wirksame europäische Dynamik des Montanunion-Gedankens erbracht.

Die realen Aussichten auf Steigerung des allgemeinen Lebensstandards in Europa durch Verwirklichung des Planes zeichnen sich aber bereits durch weitere auf dem sorgfältigen Studium des europä-

ischen Marktes basierende und in Luxemburg bekannt gewordene Pläne an: Steigerung der Stahlproduktion der Montanstaaten, die bisher 37 Mill. To. im Jahr betrug, um 30 % in fünf Jahren, ferner Reduzierung des amerikanischen Kohleimports, der im letzten Jahr noch 20 Mill. To. betrug, mit dem Ziel des völligen Verzichts auf jede Kohleinfuhr. Beide Pläne sind verbunden mit Investitionsvorschlägen, die in erster Linie für das Ruhrgebiet und für Lothringen ausgearbeitet worden sind.

Die enge Verbindung des Produktionsstandes der Montanindustrie mit dem allgemeinen Sozialprodukt und damit dem Lebensstandard der gesamten Bevölkerung wird deutlich, wenn an Hand von genauen Untersuchungen festgestellt ist, daß allein eine Steigerung der Stahlproduktion um 30 % einer Vermehrung des Sozialprodukts um 25 % gleichkommt.

Durch die Bildung von vier größeren und drei kleineren Arbeitsausschüssen, in denen überall auch Deutsche vertreten sind, ist die demokratisch-parlamentarische Sicherung und Kontrolle und der engste Kontakt zur Hohen Behörde in allen Einzelheiten festgelegt worden.

Aus der bisherigen noch recht kurzen gemeinsamen Arbeit der sechs europäischen Staaten der Hohen Behörde haben alle, auch die Skeptiker, bereits jetzt den Schluß gezogen, daß diese europäische Praxis sehr lebensnah und nicht nur eine Wunschvorstellung romantischer Weltverbesserer ist.

## Brentano-Ausschuß arbeitet

Der verfassunggebende Ausschuß der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird vom 23.—28. November seine Vollsitzung in Paris abhalten. Am 12. November beginnen die Sitzungen der Unterausschüsse. Der Vorsitzende dieses für die Gestaltung der europäischen Integration so bedeutsamen Ausschusses, Dr. von Brentano, äußerte sich vor Pressevertretern in Bonn sehr befriedigt über die bisherigen Ergebnisse und über das hohe Niveau der bisherigen Aussprachen, die sachlich und offen geführt wurden. Der Brüsseler Arbeitsplan wurde mit einigen guten Ergänzungen unverändert und ohne Gegenstimmen angenommen. Auch der französische Abgeordnete Guy Mollet, der sich nur dagegen wandte, die Entwicklung durch Vornahme allzu weit reichender Forderungen zu belasten, gehört dem Ausschuß weiter an. Zwischen dem Brüsseler Arbeitsplan und dem Fragebogen des Ministerrats bestehen keine Unterschiede. Fragebogen und Arbeitsplan dienen gemeinsam als Grundlage der Weiterarbeit.

Die vier Unterausschüsse haben zur Aufgabe:

1. Die institutionelle Ordnung und den Aufbau der Gemeinschaft.

2. Die Klärung der Zuständigkeitsfragen.

Eine Gruppe der „Minimalisten“ ist dafür, nicht mehr zu planen als bisher schon als Aufgabe vorhanden ist, weil nach ihrer Ansicht im Augenblick politisch nicht mehr zu erreichen ist. Die „Maximalisten“ weisen darauf hin, daß sich aus der gegenwärtigen Lage auch weitergehende Diskussionen ergeben, z. B. über Budget und gemeinsame Finanzpolitik, Abbau von Zöllen usw.

3. Die rechtlich staatliche Ordnung.

4. Fragen der Verbindung, wie Abstimmung mit Europarat, OEEC, Nato, den Staaten, die nicht dem Europarat angehören, mit der bei der Montanunion akkreditierten englischen Botschaft usw.

Dr. von Brentano wies hierbei auch darauf hin, daß im Zusammenhang mit diesen Beratungen auch eine genaue Begriffserklärung nötig ist, z. B. über „Föderation“, die als Staatenbund oder als Bundesstaat aufgefaßt werden kann. Er betonte die Notwendigkeit eines europäischen Parlaments, das personell mit den nationalen Parlamenten verzahnt ist und aus gesamtdeutschen Wahlen hervorgehen soll, für die sich auch Außenminister Schuman ausgesprochen hat. Zunächst sind aber auch hier die Modalitäten einer solchen Wahl festzulegen, das Wahlsystem und alles, was damit zusammenhängt.

Es ist zu erwarten, daß die Ergebnisse der Ausschubarbeiten Anfang Januar in Straßburg vorgelegt werden können.

## Die deutschen Europasoldaten

Die Auseinandersetzungen über das innere Gefüge der zukünftigen deutschen Kontingente in der Europaarmee sind ein keineswegs unerfreuliches Zeichen für die Anteilnahme weiter Kreise an der Aufgabe, die im Hause Blank vorbereitet wird. Bundestagsabgeordneter Theo Blank hat noch einmal nachdrücklich festgestellt, daß die deutschen Kontingente ihre endgültige Gestalt nur unter entscheidender Mitwirkung des Parlaments finden werden. Disziplinarordnung und Militärstrafrecht werden im Rahmen des EVG-Vertrages geregelt und bedürfen einer besonderen Ratifizierung durch die gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Zusatzabkommens. Gegenwärtig prüft man im Interimsausschuß diese Fragen. Bisher sind in den teilnehmenden fünf anderen Staaten unterschiedliche Bestimmungen maßgebend. Falls es nicht gelingt, bis zum Inkrafttreten des Vertrages eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten, gilt vorläufig für jeden teilnehmenden Staat das nationale Recht. Die Bundesrepublik als sechster Staat müßte also für diesen Fall ein Militärstrafrecht und eine Disziplinarordnung neu schaffen. Darüber hat das Parlament zu entscheiden.

Die Rekrutierung liegt nach dem Vertrag in Händen der einzelnen Teilnehmerstaaten. Zukünftige deutsche Kontingente können zunächst nur mit Freiwilligen aufgefüllt werden, die sich als Berufssoldaten, Offiziere und Unteroffiziere, für längere Dienstzeit zur Verfügung stellen. Die Rechtsstellung dieser zukünftigen Berufssoldaten muß durch Gesetz geregelt werden. Hierbei spielt auch die Frage der staatsbürgerlichen Freiheiten und des aktiven Wahlrechts eine Rolle. Blank steht auf dem Standpunkt, daß die staatsbürgerlichen Freiheiten nur in dem Umfang eingeschränkt werden dürfen, der aus militärischen Gründen unerlässlich ist.

Die Auswahl der Offiziere wird vom Oberst aufwärts nur durch Kabinettsentscheidung getroffen, wie das auch bei hohen Beamtenstellen der Fall ist. Der Bundeskanzler plant einen Ausschuß, der sich aus anerkannten und verdienten Soldaten sowie einer Anzahl ziviler Persönlichkeiten zusammensetzt und die Bewerbungen einer Sichtung unterziehen soll, um den Kreis der Bewerber einzuengen. Nach Ansicht von Blank dürfte dieser Ausschuß nach der Ratifizierung seine Tätigkeit aufnehmen. Abg. Blank hat sich dann noch über Einzelfragen geäußert und erklärt, der Soldateneid werde in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wegfallen, was auch dem Wunsch der Kirchen entspricht. Einen deutschen Generalstab wird es nicht geben, sondern nur einen gemeinsamen Generalstab der Europaarmee. Endlich sprach sich Blank auch über die Abschaffung des „Bau“ innerhalb der Disziplinarstrafordnung aus, zumal die im Amt Blank tätigen Soldaten den erzieherischen Wert dieser Einrichtung bestreiten.

Diese Klärstellungen dürften dazu beitragen, irrige Vorstellungen und sensationelle Gerüchtebildungen zu zerstreuen. Im Amt Blank arbeitet man mit größter Gewissenhaftigkeit und mit tiefem sittlichen Ernst an der Vorbereitung der deutschen Kontingente, über deren inneres Gefüge und endgültige Form die zuständigen gesetzlichen Körperschaften dann zu entscheiden haben werden.

## Wahlergebnis in drei Ländern

Der Bezirkstag zusammen 16 Sitze gegenüber 13 Sitzen der aus SPD und KPD bestehenden Opposition, während bisher die Regierungskoalition mit 14 Sitzen gegenüber 15 Sitzen der Opposition in der Minderheit war. Das ist ein überaus eindrucksvolles und zugleich ohne Zweifel ein besonders wichtiges Resultat des 9. November in Rheinland-Pfalz.

## A IV d Kommunalwahlen

### Ergebnisse der Kommunalwahlen von 1952

#### Nordrhein-Westfalen

##### Nichtamtliches Endergebnis

Eine private Endzählung für Nordrhein-Westfalen, die alle Stadt- und Landkreise bis auf den später wählenden Landkreis Soest umfaßt, ergibt folgendes Bild: Gültige Stimmen: 6 811 593. Wahlbeteiligung: etwa 75 Prozent. CDU 2 433 584 (35,8), SPD 2 467 293 (36,3), FDP 852 332 (12,6), Zentrum 402 005 (5,9), KPD 310 764 (4,6), FSU 43 346 ((0,6), Deutsche Partei 37 573 (0,5), BHE 228 309 (3,2), freie Wählervereinigung 14 156 (0,2), Nationale Rechte 6 695 (0,1), Unabh. 14 407 (0,2).

##### Teilergebnisse

**Bonn.** CDU: 25 868 = 46,7 vH. (Kommunalwahlen 1948: 17 390 = 40,3 vH.). SPD: 12 807 = 23,2 vH. (12 287 = 28,5 vH.). FDP: 9 122 = 16,5 vH. (7 515 = 17,4 vH.). Zentrum: 1 735 = 3,8 vH. (3 430 = 8,0 vH.). KPD: 1 089 = 2 vH. (2 193 = 5,1 vH.). DP: 2 203 = 4 vH. (—). BHE: 2 504 = 4,6 vH. (—). Sitze: CDU 23 (17), SPD 11 (12), FDP 8 (7), Zentrum — (3), KPD — (2).

**Köln.** CDU: 125 580 = 43,0 vH. (Kommunalwahlen 1948: 89 918 = 42,5 vH.). SPD: 107 929 = 37,0 vH. (79 710 = 37,7 vH.). FDP: 33 199 = 11,4 vH. (15 293 = 7,2 vH.). KPD: 14 875 = 5,1 vH. (22 951 = 20,9 vH.). DP: 4 993 = 1,7 vH. (—). BHE: 5 287 = 1,8 vH. (—). Sitze: CDU 30 (19), SPD 25 (17), FDP 8 (3), KPD 3 (5).

**Düsseldorf.** CDU: 98 104 = 35,1 vH. (Kommunalwahlen 1948: 83 158 = 41,2 vH.). SPD: 96 690 = 34,8 vH. (63 662 = 31,6 vH.). FDP: 37 736 = 13,5 vH. (12 484 = 6,2 vH.). Zentrum: 14 022 = 7,4 vH. (14 858 = —). KPD: 16 926 = 6,1 vH. (23 271 = 11,5 vH.). FSU: 1 090 = 0,4 vH. (1 613 = 0,8 vH.). DP: 6 479 = 2,3 vH. (—). BHE: 7 663 = 2,8 (—).

**Aachen.** CDU: 30 693 = 44,9 vH. (Kommunalwahlen 1948: 24 124 = 55,0 vH.). SPD: 21 650 = 31,6 vH. (13 231 = 30,2 vH.). FDP: 11 245 = 16,4 vH. (—). Zentrum: 2 374 = 3,5 vH. (751 = 1,7). KPD: 2 445 = 3,6 vH. (3 006 = 6,9 vH.). Sitze: CDU 20 (21), SPD 14 (12), FDP 8 (—), Zentrum — (—), KPD — (3).

**Duisburg.** CDU: 59 648 = 28,2 vH. (Kommunalwahlen 1948: 53 314 = 32,6 vH.) und Bundestagswahlen 1949: 62 735 = 30,4 vH.). SPD: 98 974 = 46,3 vH. (66 262 = 40,5 vH. und 78 725 = 38,1 vH.). FDP: 21 002 = 9,9 vH. (12 307 = 7,5 vH. und 17 229 = 8,3 vH.). Zentrum 10 185 = 4,8 vH. (13 513 = 8,2 vH. und 13 198 = 6,4 vH.). KPD: 13 440 = 6,3 vH. (18 315 = 11,2 vH. und 24 487 = 11,8 vH.). DP: 5 172 = 2,4 vH. (—). BHE: 3 867 = 1,8 vH. (—). Sitze: CDU 17 (14), SPD 27 (18), FDP 6 (3), Zentrum — (4), KPD 4 (5).

**München-Gladbach.** CDU: 26 698 = 43,9 vH. (Kommunalwahlen 1948: 18 557 = 38,5 vH. und Bundestagswahlen 1949: 23 428 = 39,2 vH.). SPD: 15 159 = 24,9 vH. (11 036 = 22,9 vH. und 11 011 = 18,5 vH.). FDP: 5 969 = 9,8 vH. (4 604 = 9,5 vH. und 5 835 = 9,8 vH.). Zentrum: 8 008 = 13,2 vH. (10 530 = 21,8 vH. und 13 283 = 22,2 vH.). KPD: 1 535 = 2,5 vH. (2 191 = 4,5 vH. und 2 555 = 4,3 vH.). DP: 1 864 = 3,1 vH. (—). BHE: 1 528 = 2,5 vH. (—).

**Mülheim-Ruhr.** CDU: 21 904 = 27,0 vH. (Kommunalwahlen 1948: 19 087 = 31,7 vH. und Bundestagswahlen 1949: 21 441 = 28,2 vH.). SPD: 38 065 = 47,2 vH. (25 552 = 42,4 vH. und 26 543 = 34,9 vH.). FDP: 16 189 = 20,0 vH. (8 942 = 14,8 vH. und 9 974 = 13,1 vH.). KPD: 4 825 = 5,9 vH. (4 791 = 8,0 vH. und 7 681 = 10,1 vH.). Sitze: CDU 12 (12), SPD 20 (16), FDP 8 (6), KPD 2 (3).

**Essen.** CDU: 111 856 = 35,8 vH. (Kommunalwahlen 1948: 72 333 = 30,7 vH. und Bundestagswahlen 1949: 86 947 = 28,4 vH.). SPD: 129 032 = 41,3 vH. (82 462 = 35,1 vH. und 105 347 = 34,3 vH.). FDP: 28 683 = 9,2 vH. (10 548 = 4,5 vH. und 20 764 = 6,8 vH.). Zentrum: 23 349 = 7,5 vH. (36 238 = 15,4 vH. und 42 410 = 13,8 vH.). KPD: 19 376 = 6,2 vH. (24 502 = 10,4 vH. und 34 116 = 11,1 vH.). BHE: 4 886 = 1,5 vH. (—). Sitze: CDU 23 (17), SPD 28 (19), FDP 6 (—), Zentrum 5 (8), KPD 4 (6).

**Dortmund.** CDU: 83 746 = 29,6 vH. (Kommunalwahlen 1948: 67 666 = 31,1 vH. und Bundestagswahlen 1949: 79 009 = 29,7 vH.). SPD: 140 970 = 49,6 vH. (99 958 = 46 vH. und 113 955 = 42,9 vH.). FDP: 30 771 = 10,8 vH. (16 966 = 7,8 vH. und 26 707 = 10,0 vH.). KPD: 17 068 = 6,0 (25 645 = 11,8 vH. und 32 296 = 12,1 vH.). FSU: 1 757 = 0,6 vH. (—). BHE: 5 308 = 1,9 vH. (—). Nationale Rechte: 3 597 = 1,2 vH. (—). Sitze: CDU 18 (17), SPD 31 (26), FDP 7 (4), KPD 4 (5).

**Münster.** CDU: 24 047 = 38,1 vH. (Kommunalwahlen 1948: 13 002 = 31,6 vH. und Bundestagswahlen 1949: 18 761 = 34,3 vH.). SPD: 15 616 = 24,8 vH. (11 832 = 28,7 vH. und 12 655 = 23,1 vH.). FDP: 6 511 = 10,3 vH. (3 108 = 7,6 vH. und 6 646 = 12,2 vH.). Zentrum: 7 811 = 12,4 vH. (11 176 = 27,1 vH. und 13 847 = 25,3 vH.). KPD: 783 = 1,3 vH. (1 121 = 2,7 vH. und 1 636 = 3,0 vH.). BHE: 3 315 = 5,2 vH. (—). Sitze: CDU 17 (11), SPD 11 (9), FDP 4 (3), Zentrum 5 (9), BHE 2 (—), FWV 3 (2).

#### Rheinland-Pfalz

##### Endergebnis

CDU: 602 757 = 38,9 vH. (645 Sitze) (1948: 44,6 vH.). SPD: 517 679 = 33,4 vH. (547 Sitze) (1948: 34,1 vH.). FDP: 249 245 = 16,1 vH. (252 Sitze) (1948: 10,5 vH.). Sonstige Parteien: 9 266 = 0,6 vH. (5 Sitze) (1948: 0,2 vH.). Wählergruppen: 120 725 = 7,8 vH. (134 Sitze) (1948: 8,4 vH.). KPD: 48 781 = 3,2 vH. (26 Sitze) (1948: 7,2 vH.). Wahlbeteiligung: 79,3 vH. 1948: 73,7 vH.).

##### Teilergebnisse

**Regierungsbezirk Koblenz.** CDU: 209 921 = 45 vH. (194 Sitze), (1948: 177 940 = 48,8 vH.). SPD: 134 392 = 29,1 vH. (114 Sitze), (1948: 109 579 = 30,1 vH.). FDP: 77 643 = 18,2 vH. (63 Sitze), (1948: 42 618 = 11,7 vH.). Sonstige: 31 123 = 6,7 vH. (31 Sitze), (1948: 13 488 = 3,7 vH.). KPD: 9730 = 2,1 vH. (0 Sitze), (1948: 20 953 = 5,7 vH.). Wahlbeteiligung: 78,5 vH. (1948: 73,3 vH.).

**Koblenz-Stadt.** CDU: 15 947 (20 Sitze) (11 973, 14 049). SPD: 11 146 (14 Sitze) (9 048, 12 203). FDP: 4 455 (5 Sitze) (2 215, 5 303). Liste Nedell: 3 040 (4 Sitze). KPD 803 (1 920, 1 097). Wahlbeteiligung 71,17 vH.. (Die Zahlen in Klammern geben an erster Stelle die Vergleichszahlen der Kommunalwahlen von 1948 und an zweiter Stelle die Landtagswahlen von 1951 wieder.)

**Regierungsbezirk Trier.** CDU: 109 814 = 55,9 vH. (145 Sitze), (1948: 89 916 = 62,6 vH.). SPD: 37 204 = 18,9 vH. (47 Sitze), (1948: 27 825 = 19,4 vH.). FDP: 28 001 = 14,3 (36 Sitze), (1948: 11 574 = 8 vH.). Freie FDP: 17 853 = 9,1 vH. (15 Sitze), (1948: 9518 = 6,6 vH.). KPD: 919 = 0,5 vH. (0 Sitze), (1948: 4889 = 3,4 vH.). Wahlbeteiligung: 75,3 vH. (1948: 64,2 vH.).

**Trier-Stadt.** CDU: 15 627 (45,1 vH.) (23 Sitze), (14 211). SPD: 10 451 (30,1 vH.) (15 Sitze), (8 339). FDP: 6 051 (17,4 vH.) (9 Sitze), (3 781). DAP 630 (1,8 vH.). Liste Lorcher: 566 (1,6 vH.). Liste Teike: 430 (1,3 vH.). KPD: 919 (2,7 vH.) (1484). Wahlbeteiligung: 69 vH.

**Regierungsbezirk Montabaur.** CDU: 43 706 = 34,2 vH. (39 Sitze), (1948: 45,8 vH.). SPD: 40 477 = 32,1 vH. (39 Sitze), (1948: 35,7 vH.). FDP: 12 404 = 9,8 vH. (11 Sitze), (1948: 5,1 vH.). Freie Wählergruppe: 26 555 = 21,1 vH. (27 Sitze), (1948: 8,2 vH.). KPD: 2951 = 2,2 vH. (1 Sitz), (1948: 5,2 vH.). Wahlbeteiligung: 81,2 vH.

**Regierungsbezirk Rheinhessen.** CDU: 60 176 = 29,1 vH. (58 Sitze), (1948: 69 Sitze). SPD: 80 094 = 38,8 vH. (79 Sitze), (1948: 74 Sitze). FDP: 46 517 = 22,6 vH. (45 Sitze), (1948: 27 Sitze). KPD 8744 = 4,2 vH. (5 Sitze), (1948: 11 Sitze). Sonstige Parteien und Wählergruppen: 10 825 = 5,3 vH. (9 Sitze), (1948: 5 Sitze). Wahlbeteiligung: 80,2 vH.

**Regierungsbezirk Pfalz.** CDU 179 140 = 32,1 vH. (209 Sitze), (1948: 168 700 = 37,7 vH.). SPD 225 512 = 40,05 vH. (268 Sitze), (1948: 179 869 = 40,02 vH.). FDP: 87 580 = 15,7 vH. (97 Sitze), (1948: 44 260 = 9,9 vH.). Freie Listen 38 004 = 6,8 vH. (56 Sitze), (1948: 10 491 = 2,3 vH.). KPD: 26 437 = 4,7 vH. (21 Sitze), (1948: 44 382 = 9,9 vH.). Wahlbeteiligung: 80,8 vH. (1948: 77,8 vH.).

#### Niedersachsen

##### Endergebnis in Prozentzahlen

Bei den Kommunalwahlen, die am 9. November in Niedersachsen stattfanden, entfielen in Prozenten auf die Parteien: SPD 32,2 vH., Deutsche Partei 2,4 vH., CDU 3,1 vH., BHE 16,9 vH., FDP 2,9 vH., Zentrum 0,6 vH., DRP 0,2 vH., KPD 1,6 vH., DP/CDU 1,4 vH., DP/CDU/FDP 14,1 vH., sonstige gemeinsame Wahlbezirksvorschlage 19,5 vH., Wahlergemeinschaften 4,7 vH. und Einzelvorschläge 1 vH. (Ausführlichere Ergebnisse von Niedersachsen bringen wir in der nächsten Nummer der UID.)

12. November 1952

## A II b Bundestagsnachwahl

### Nachfolger Dr. Schumachers im Bundestag

Bei der Bundestagsnachwahl im Sudbezirk der Stadt Hannover, die gleichzeitig mit den Kommunalwahlen am 9. November stattfanden, erreichte der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende der Hannomagwerke, Ernst Winter, 64 614 Stimmen (59 Prozent). Von den übrigen Bewerbern erhielten: Gottfried Schlegel (DP) 29 982 (28 Prozent), Walter Möller (BHE) 10 279 (10 Prozent) und Friedrich Maiwald (KPD) 3 203 Stimmen (3 Prozent). CDU und FDP hatten keinen Kandidaten aufgestellt.

12. November 1952

## A V n Landtagswahlen

### FDP gewann Landtagsnachwahl in Niedersachsen

Bei der Landtagsnachwahl im niedersächsischen Kreis Wittmund verlor die SPD am 9. November ein Mandat knapp an die FDP, für die Landrat Reinhold Oncken als neuer Abgeordneter in den niedersächsischen Landtag einzieht. Die Nachwahl war durch den Tod des SPD-Abgeordneten Anton Pawlowski erforderlich geworden. Wahlberechtigt waren 42 862. Von den 32 366 abgegebenen Stimmen waren 30 842 gültig. Die Wahlbeteiligung betrug 67,7 Prozent. Die FDP erzielte 11 687 Stimmen vor der SPD mit 11 265, der Deutschen Partei mit 4 330, dem BHE mit 3 325 und der KPD mit 235 Stimmen.

12. November 1952

## A II d Politische Persönlichkeiten

### Helene Wessel und Dr. Heinemann treten aus

Die Bundestagsabgeordnete Helene Wessel ist aus der Zentrumspartei ausgetreten und auch Dr. Heinemann, den die Essener CDU nicht mehr für die Stadtverordnetenwahl aufgestellt hatte, erklärte seinen Austritt aus der CDU. Beide wollen angeblich Mitte November in Frankfurt eine neue Partei („Deutsche Einheitspartei“) gründen.

12. November 1952

## C a CDU Deutschlands

### Berichtigung

Wir bitten in der in Nr. 87 der „Union in Deutschland“ vom 31. Oktober veröffentlichten Notiz „Mitglieder des Bundespartei-vorstandes“ die Adresse des

#### Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU

wie folgt zu ändern:

Dr. Heinrich von Brentano, Büro: Darmstadt, Rheinstraße 7—9, Merckhaus, Tel. 5863, Wohnung: Darmstadt, Ohlystraße 58, Tel. 5864.

Die Adresse des

#### Bundesschatzmeisters

bitten wir wie folgt zu berichtigen:

Oberbürgermeister E. Bach, Siegen/Westf., Feldstraße 20.

## A IV 7 a Allgemeines

### Neues Hilfsprogramm für Vertriebene

Die Bundesregierung hat am 7. November ein Programm aufgestellt, das den gerechten Forderungen der Heimatvertriebenen Rechnung tragen soll. Es umfaßt Maßnahmen zur Sicherung der Vorfinanzierung des Lastenausgleichs, der Vorbereitung einer neuen Vertriebenen-Umsiedlungsaktion für 1953 und Vorbereitungen für einen verstärkten Ausbau der Flüchtlings-siedlungen. Es wurde ein interministerieller Ausschuß für Vertriebene gebildet, dem die Minister für Vertriebene, Wirtschaft, Landwirtschaft, Wohnungsbau, Arbeit, für den Marshallplan und der Innenminister angehören. Er soll das vom Kabinett beschlossene Vertriebenenprogramm beraten und für rasche Verabschiedung durch den Bundesrat sorgen. Der Bundesvertriebenenminister wurde beauftragt, seinen Einfluß auch auf die rasche Verabschiedung, des Bundesvertriebenengesetzes geltend zu machen, das unmittelbar nach Verabschiedung der Verträge durch den Bundestag behandelt werden soll. Außerdem beschloß das Bundeskabinett, in jedem Bundesministerium ein eigenes Ressort für Vertriebenenfragen einzurichten. Um die Vorfinanzierung des Lastenausgleiches sicherzustellen, ist eine Werbungsaktion für eine vorzeitige Ableistung der Abgabeverpflichtungen angelauten. Darüber hinaus beschloß das Kabinett die Ausgabe von Schuldverschreibungen der Lastenausgleichsbank, Einkommensteuervergünstigungen für Darlehen an den Lastenausgleichsfonds sowie die Beantragung eines Kreditplafonds in Höhe von 250 Mill. DM für das Bundesausgleichsamt. Bundeswirtschaftsminister Erhard erhielt den Auftrag, Maßnahmen in den einzelnen Notstandsändern zu koordinieren. Dem Bundeswohnungsbauminister wurde aufgetragen, zusammen mit den Vertriebenen- und Finanzministerien die erforderlichen Maßnahmen für den Umsiedlungswohnungsbau 1953 bereits jetzt in Angriff zu nehmen. Der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft soll für eine Ausweitung der ländlichen Siedlung von Heimatvertriebenen Vorsorge treffen. 12. November 1952

## A V d Hessen

### CDU fordert Landesverwaltungsgesetz

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion des hessischen Landtages, Dr. Erich Großkopf, gab bekannt, daß sich seine Fraktion parallel zu den Beratungen des Sonderausschusses für Verfassungsreform ebenfalls mit dem Gesetz über die Landschaftsverwaltung befaßt hat. Er erklärte, ein Landesverwaltungsgesetz müsse den Ausgangspunkt bilden. Seine Fraktion habe nunmehr beantragt, daß die Regierung ein solches Landesverwaltungsgesetz bis spätestens 31. Juni 1953 vorlegen soll. Bis 31. Dezember dieses Jahres verlangt die CDU von der Regierung eine genaue Übersicht über die Aufgaben, die bisher von den mittleren Verwaltungsstufen wahrgenommen wurden. Nur wenn man einen Überblick über diese Aufgabe habe, so sagte Dr. Großkopf, ließen sich Reformvorschläge für die Mittelstanzen praktisch ausarbeiten. 12. November 1952

## A IV 9 f Fremdenverkehr

### Der Fremdenverkehr im August 1952

Im August 1952 sind in 1373 Berichtsorten des Bundesgebietes fast 10 Millionen Fremdenübernachtungen gezählt worden, d. s. 13,9 v. H. mehr als im gleichen Monat des Vorjahres und rund 35 v. H. mehr als im August 1950. Mit 34,5 v. H. mehr als im August 1951 nahm die Zahl der Ausländerübernachtungen auch im Berichtsmonat wieder kräftiger zu als die Gesamtübernachtungszahl. In den einzelnen Bundesländern hat sich der Reiseverkehr relativ am stärksten in Bayern gehoben (+ 15,2 v. H.). Fast ein Viertel aller Fremdenübernachtungen entfiel auf Privatquartiere, im gleichen Monat des Vorjahres ein Fünftel. 12. November 1952

## A I a Verteidigungsbeitrag

### EVG-Vertrag erfordert 22 000 deutsche Offiziere

Das deutsche Kontingent in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft werde, wie der Sicherheitsbeauftragte der Bundesregierung, Theodor Blank, am 9. November im Nordwestdeutschen Rundfunk erklärte, 22 000 Offiziere benötigen, davon etwa 40 Generale, 250 Oberste, 900 Oberstleutnante, 2000 Majore, 6300 Hauptleute und 12 300 Oberleutnante und Leutnante. Außerdem benötigt man etwa 80 000 Unteroffiziere und längerdienende Mannschaften. Blank unterstrich erneut, daß sich ein Personalausschuß aus etwa 12 bis 15 untadeligen und unabhängigen Persönlichkeiten mit einwandfreier demokratischer Gesinnung mit der Besetzung der Schlüsselpositionen befassen solle. Außerdem werde der Ausschuß Grundsätze für das Annahmeverfahren für Freiwillige ausarbeiten. Das Freiwilligen-gesetz werde die Rechtsstellung der Freiwilligen, die Dauer der Dienstzeit und ihre Pflicht des Bekenntnisses zur demokratischen Ordnung regeln. 12. November 1952

## A IV 8 b Berlin

### Westdeutschland unterstützt Berliner Wohnungsbau

Der Bundesminister für Wohnungsbau hatte Ende Juli auf Wunsch des Senats von Westberlin an die Kapitalsammelstellen des Bundesgebietes appelliert, im Rahmen der Hilfsmaßnahmen für Berlin die zur Durchführung des Westberliner Wohnungsbauprogramms 1952 noch benötigten erststelligen Hypotheken in Höhe von 20 Mill. DM durch eine gemeinsame Aktion des westdeutschen Realkredits aufzubringen. Nach den vorliegenden Meldungen der Kapitalsammelstellen hat dieser Appell zu einem vollen Erfolg geführt. Insgesamt wurden zusätzlich zur Förderung des Westberliner Wohnungsbaues von den westdeutschen Kapitalsammelstellen fast 26 Mill. DM erststelliger Hypotheken bereitgestellt. Die Mitgliederanstalten des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger haben davon über 4 Mill. DM aufgebracht. 12. November 1952

## A II b Bundestagswahlen

### CDU muß unabhängig bleiben

„Die CDU muß bei den Bundestagswahlen 1953 selbstständig unabhängig in den Wahlkampf gehen“, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. v. Brentano, am 7. November in Bonn. „Wir haben bei den Bundestagswahlen unsere eigene Politik zu vertreten“, so sagte er, „das ist heute wichtiger denn je.“ Auf die Frage, wie die CDU/CSU zu den von der DP geforderten Listenverbindungen schon im Wahlkreis stehe, erklärte Dr. v. Brentano, die CDU-Fraktion habe sich mit diesem Punkt des kommenden Bundeswahlgesetzes noch nicht beschäftigt. Nach seiner persönlichen Auffassung könne über Listenverbindungen nur da diskutiert werden, wo die Gefahr einer Stimmenzersplitterung drohe. Abschließend bedauerte er, daß im Bundestag keine Mehrheit für ein echtes Mehrheitswahlrecht zu finden sei, durch das das ganze Problem der Listenverbindung „mit einem Schlage erledigt“ sein würde. 12. November 1952

## A V g Baden-Württemberg

### CDU empfiehlt nationale Bauernhilfe

Die CDU-Abg. Dr. Werber und Dr. Gurk haben sich in einer Sitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung von Baden-Württemberg für die Bildung einer nationalen Bauernhilfe in Deutschland eingesetzt. Dr. Werber vor allem ging dabei von der nahezu unlösbaren Problematik der Neuan siedlung von 300 000 Bauernfamilien aus, die sich heute im Bundesgebiet aufhalten. Sie umfassen im wesentlichen das gesamte ostdeutsche vertriebene Bauerntum und müssen, wenn auch sie nicht in den Strudel der allgemeinen Landflucht geraten wollen, wieder auf eine eigene Scholle gesetzt werden. Dr. Werber teilte mit, daß man in verschiedenen Kreisen Nordwürttembergs die aufsehenerregende Feststellung treffen mußte, wonach nur noch 40 Prozent der einst selbständigen Flüchtlingsbauern bereit sind, künftig wieder einen Pflug in die Hand zu nehmen. Bis Juli 1952 konnten im Bundesgebiet 23 000 Bauernfamilien wieder angesiedelt werden. Der Sprecher der CDU behandelte in diesem Zusammenhang auch eingehend das Problem der einheimischen Jungbauern, das von dem der vertriebenen Landwirte nicht zu lösen ist. Dr. Gurk bezeichnete den Gedanken der nationalen Bauernhilfe als ein Politikum ersten Ranges. 12. November 1952

# Die Sowjetzone als Vorbild?

Von Dr. Rudolf Vogel, MdB.

Der Verzweiflungskampf der Bauern in der Sowjetzone gegen ihre Einverleibung in Kolchosen und der Kaufleute und Handwerker gegen ihre Enteignung und Überführung in Konsumgenossenschaften bewegt uns alle tief. Was jetzt erneut aus der Sowjetzone an Verzweiflungsschreien zu uns herüber gelte, zeigt, daß die planmäßige Vernichtung aller vom Staat noch unabhängigen Existenzen in vollem Gange ist. Bestünde auf Seiten der Sowjets auch nur ein Fünkchen guter Wille, die Vereinigung Deutschlands herbeizuführen, dann würde man sicher mit solchen Maßnahmen warten. Oder spielen noch andere Beweggründe eine Rolle? Wir möchten in diesem Zusammenhang in aller Eindringlichkeit auf einen Absatz der Rede des neuen SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer auf dem Dortmunder Parteitag hinweisen:

**„Wir Sozialdemokraten lehnen es ab, die Wirtschaftsgestaltung in der Sowjetzone als Sozialisierung zu betrachten, aber wir lehnen mit der gleichen Entschiedenheit eine Reprivatisierung des Großbesitzes und eine Restauration der früheren Verhältnisse ab!“**

Der gesamte deutsche Mittelstand, alle unsere freien Unternehmer, Kaufleute, Handwerker, Gewerbetreibende und Bauern sollten sich diesen Satz Ollenhauers dreimal durchlesen und in ihr Gedächtnis einprägen. Herr Ollenhauer hat als erster Vorsitzender der SPD in seiner Programmrede nur etwas ausgesprochen, was vor ihm andere Prominente seiner Richtung ähnlich formulierten: **die Ablehnung der Wiederherstellung früherer Verhältnisse in der Sowjetzone.**

Das bedeutet in der Praxis doch wohl nichts anderes, als daß man es bei allen Enteignungsmaßnahmen auf landwirtschaftlichem Gebiete in der Sowjetzone belassen will.

**Ja, bedeutet es nicht noch mehr, nämlich geradezu eine Herausforderung und Ermütigung an die kommunistischen Gewalthaber in der Sowjetzone, in ihrer Enteignungspolitik und in ihrer Vernichtung freier Existenzen, ruhig weiter fortzufahren. Muß diese Erklärung des SPD-Vorsitzenden nicht geradezu als ein Anfeuerungsruf an die SED betrachtet werden, so viel wie nur irgend möglich an freien mittelständischen Existenzen zu vernichten und so viele Menschen wie nur irgend möglich in staatliche Abhängigkeit zu bringen, um damit fertige Tatsachen zu schaffen?**

Es kann dem deutschen Mittelstand, es kann dem deutschen Bauern gleichgültig sein, welche feinen Unterschiede die SPD zwischen Sozialisierung in ihrem Sinne und Sowjetisierung der SED in der Sowjetzone macht. Wenn die SPD es jetzt schon unternimmt, durch ihre Ablehnung einer Wiedergutmachung die Enteignungspolitik des Kommunismus in der Sowjetzone anzuerkennen, dann sollten wir alle in der Bundesrepublik wissen, was die sozialdemokratische Partei vom Eigentumsbegriff hält, und was sie noch in dieser Beziehung von der SED trennt!

Wir sollten aber auch unsere Augen nicht vor einer weiteren Folgerung dieser Sozialisierungspolitik der SPD verschließen: In dem von uns allen erstrebten Falle der Befreiung der Sowjetzone sollen also dort die durch die Sowjets erzwungenen sozialen Verhältnisse weiter fortbestehen! Es wird also die Politik der Sozialdemokratie sein, nicht etwa den vernichteten selbständigen Existenzen wieder zu ihrem Recht zu verhelfen. Nein keineswegs! **Dadurch, daß die SPD diese**

**kommunistische Eigentumspolitik ausdrücklich sanktioniert, stellt sie sie damit als ein auch für die Bundesrepublik maßgebendes Ziel hin.**

Man ist sich wohl darüber im klaren, daß damit ein außerordentlich starkes Eigentumsgefälle innerhalb der Bundesrepublik von Ost nach Westen beibehalten werden soll. Es soll bei Leibe nicht etwa die Sowjetzone den Verhältnissen der Bundesrepublik angeglichen werden, sondern die 49 Millionen in der Bundesrepublik sollen den von der SED begonnenen Weg der 18 Millionen Sowjetzone gehen!

Wie man ein solches Programm mit den an den Mittelstand gerichteten Paro-

## Wächter der Demokratie?

Aus Schleswig-Holstein schreibt man uns:

Die SPD bemüht sich immer wieder, die Dinge so darzustellen, als ob sie allein die berufene Hüterin der demokratischen Ordnung sei. Durch die Forderung nach einem Landtagsausschuß für Verfassungsschutz versuchte sie, der Regierung indirekt mangelnde Sorgfalt auf diesem Gebiete vorzuwerfen. Die Diskussion hat die Unhaltbarkeit dieser Verdächtigungen der SPD bewiesen.

Aber nicht durch Reden in den Ausschüssen wird die Demokratie geschützt, sondern nur durch Taten. Wo aber bleiben die Taten der SPD? Die Regierung hat gehandelt und kann dies besser, je weniger darüber geredet wird. Und die CDU hat gehandelt. Bei den letzten Wahlkämpfen hat sie jede der SRP-Versammlungen mit Diskussionsrednern beschenkt und gewarnt, diesen Rattenfängern nachzulaufen. Wo aber blieb die SPD? Hat sie sich über die Zersplitterung auf der Rechten, über den Stimmenverlust, der den Regierungsparteien durch den Rechtsradikalismus zugefügt wurde, gefreut?

Mit wachsender Sorge betrachtet die CDU die Unterwanderung der SPD von der linken Seite her. Oberbürgermeister Gayk aus Kiel sagte, ein Zitat von Prof. Ehrhardt abwandelnd, es gäbe nicht „ein bißchen Nationalismus“ ebensowenig wie es „ein bißchen Schwangerschaft“ gäbe. Wir möchten Herrn Gayk sagen: Noch viel weniger gibt es „ein bißchen Marxismus“. Wie verträgt sich der Anspruch der SPD, allein die Demokratie zu schützen, damit daß sie einen Mann in das Bundesverfassungsgericht als Richter entsenden will, der ohne Referendar- und Assessorexamen von der SED zum Professor ernannt, bis 1949 in Jena Vorlesungen gehalten hat?! Ein solcher Mann könnte möglicherweise bei dem Gutachten über die Verfassungsmäßigkeit eines Wehrbeitrages das Zünglein an der Waage sein.

## „Ohne die Eltern zu fragen“

Aus Bremen wird uns geschrieben:

Das Bremische Schulgesetz ist ein Produkt der Übermacht der SPD im Bremer Senat. Folglich kennt Bremen keine Bekenntnisschule. Aber das Gesetz sieht auch die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter vor. Die Koedukation sei, wie es im Schulgesetz heißt, „anzustreben, soweit die Voraussetzungen dafür gegeben sind“. So hat die Schulverwaltung, der Empfehlung des Gesetzes folgend, den gemischten Unterricht in den siebenten Klassen der Oberschulen eingeführt.

len des Dortmunder Parteitages in Einklang bringen will, ist uns unerfindlich. Ist das der „freiheitliche Sozialismus“, den man dem Mittelstand anbietet?

**Das politische Ziel, das die Sozialdemokratie in der Sowjetzone verfolgt, kann doch nur zur restlosen Abhängigkeit der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung von einem allmächtigen, die ganze Wirtschaft beherrschenden Götzen Staat führen.**

Hat sie einmal die Spitze im Besitz, dann glaubt sie hoffen zu können, daß angesichts der Abhängigkeit der Majorität der Wähler vom Staat sie niemand mehr aus dieser Machtstellung vertreiben kann. Wer sich diese politisch logische Konsequenz der sozialdemokratischen Zielsetzung vor Augen hält, wird sich auch in unserem Lande fragen müssen, ob er es verantworten kann, direkt oder indirekt dabei mitzuhelfen.

Nun bestehen über die Vorzüge oder Nachteile der Koedukation bekanntlich sehr unterschiedliche Auffassungen. Die Schulverwaltung glaubte, sich über alle Meinungsverschiedenheiten hinwegsetzen zu können, und entschied, ohne die Eltern zu fragen. Diese eigenmächtige Handlung rief den Zentral-Elternbeirat auf den Plan. Die Eltern zeigten sich mit der Einführung der Koedukation in den unteren Klassen der Oberschulen keineswegs einverstanden und faßten mit großer Mehrheit eine Resolution, in der sie ihre Mitbestimmung in der Frage des gemeinsamen Unterrichts ihrer Jungen und Mädchen fordern und ihrem Unwillen darüber Ausdruck gaben, daß sie zu der Einführung der Koedukation durch die Unterrichtsverwaltung nicht gehört worden waren.

Der Fall Bremen verdient Beachtung, nicht nur weil hier die Eltern mit Entschiedenheit gegen eine Maßnahme der Verwaltung aufgetreten sind, sondern vor allem wegen der Begründung, die sie für ihren Protest anführten. Danach sehen sie es als „unlöslichen Bestandteil ihres naturgege-

### Bauernfängerei

„Bemerkenswert ist, daß das Aktionsprogramm der SPD nicht die Bedingungen erwähnt, unter denen schließlich die Partei die Einführung des Wehrdienstes unterstützen will. Einige, die diesen Beschluß erläuterten, glauben, daß das in der Absicht geschehen sei, die Stimmen der Pazifisten, der „Ohne-mich-Anhänger“ und der Neutralisten einzufangen.“

The Times, London, Nr. 52 428.

benen und unveräußerlichen Elternrechts“ an, selbst wählen zu können, ob ihr Kind in einer Koedukationsschule unterrichtet werden soll oder nicht. Bekanntlich ist dies die gleiche Begründung, mit der die Eltern in anderen Städten die Bekenntnisschule für ihre Kinder fordern.

Im Falle Bekenntnisschule erkennt die SPD „das naturgebene und unveräußerliche Elternrecht“ nicht an. Nun wird es ihr im Falle Koedukationsschule in ihrer Bremer Domäne von der großen Mehrheit der Eltern präsentiert. Die Bremer Eltern werden sich wundern. Sie haben offenbar noch nicht zur Kenntnis genommen, daß die SPD — wie ihr Verhalten im Falle Konfessionsschule immer wieder zeigt — eine Mitbestimmung der Eltern bei der schulischen Erziehung ihrer Kinder weitgehend ablehnt und die Bestimmung des Charakters einer Schule ganz im Gegenteil als eines der „unveräußerlichen Rechte“ des Staates ansieht.

## Arabische Beschwerde

Die schnelle deutsche Reaktion auf die letzte Stellungnahme der Arabischen Liga ist ein Beweisdokument des guten Willens der Bundesregierung, das Gespräch unter keinen Umständen zu verschleppen, sondern so rasch wie möglich zu einer Bereinigung der in der letzten Zeit zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten aufgetretenen Schwierigkeiten zu gelangen. Dabei ist daran festzuhalten, daß die Bundesregierung auf der einen Seite durch die moralische Verpflichtung des deutschen Volkes gegenüber dem jüdischen Volke gebunden ist. Auf der anderen Seite entzieht sie sich nicht der Anerkennung der ebenso moralischen Verpflichtung, die sich aus der traditionellen Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und den arabischen Völkern ergibt. Man kann nicht eine moralische Verpflichtung — sei es diese oder jene — dadurch honorieren, daß man sich der anderen entzieht. Wer zwei Verpflichtungen, die auf den ersten Blick einander auszuschließen scheinen, anerkennt, muß mit allen Kräften dafür sorgen, daß durch einen gerechten Ausgleich der Ausweg aus einem zunächst vorhandenen Dilemma gefunden wird.

Die moralische Verpflichtung des deutschen Volkes zur Wiedergutmachung am jüdischen Volke ist nicht zu bestreiten und die Anerkennung dieser Wiedergutmachungspflicht ist die Grundlage der Auseinandersetzungen, die sich aus dem deutsch-israelischen Abkommen mit den Vertretern der Araber und arabischer Staaten für die Bundesrepublik ergeben haben. Die deutsche Wiedergutmachung mußte sich angesichts der Unmöglichkeit einer Einzelwiedergut-

machung notwendigerweise an den Empfänger richten, der als Vertreter des jüdischen Volkes am meisten legitimiert erscheint. Das ist der Staat Israel. Er hat aber auch einen moralischen Anspruch, weil er die größte Zahl der aus Deutschland und aus den ehemals vom Nationalsozialismus beherrschten Ländern geflüchteten Juden aufgenommen und mit ihrer Eingliederung große Lasten auf sich genommen hat.

Zu den auf Grund des Abkommens vorgesehenen Lieferungen selbst ist festzustellen, daß es sich ausschließlich um solche Güter handelt, die das israelische Kriegspotential in keiner Weise steigern können. Es sind ausgesprochene Friedensgüter, für die die Möglichkeit einer Re-exportierung außerdem ausdrücklich ausgeschlossen wurde. Bei einer Wiedergutmachung an die jüdischen Weltorganisationen hingegen wäre eine Blockierung der Güter für den Export nicht möglich gewesen, so daß ein solcher Wiedergutmachungsmodus für die arabischen Länder weit eher mit Nachteilen verbunden sein könnte.

Der arabische Widerspruch gegen das deutsch-israelische Abkommen wird an diesen Tatsachen nicht vorbegehen können. Das deutsche Volk fühlt sich mit den arabischen Ländern durch eine traditionelle Freundschaft verbunden und würde niemals Verpflichtungen eingehen, die diese Freundschaft trüben könnten. Die arabischen Bedürfnisse, nach einer Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehung zu Deutschland werden von der Bundesrepublik auch in Zukunft eine besondere Beachtung finden, zumal sie sich auf gegenseitige auf richtige Sympathien stützen.

## Heinemann contra Heinemann

Der frühere Bundesminister Dr. Gustav Heinemann, der nach Pressemeldungen aus der CDU ausgetreten ist, will eine eigene Partei gründen, die sich etwa mit seiner bisherigen „Notgemeinschaft“ decken würde. Das Programm dieser geplanten Gründung soll sich in zwei Thesen erschöpfen: für die Wiedervereinigung Deutschlands und gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag!

Die Wiedervereinigung Deutschlands wollen heute alle Parteien der Bundesrepublik, sogar die Kommunisten, nur daß diese dabei die so wesentlichen zwei Wörtern „in Freiheit“ unterschlagen. Wir unterstellen ohne weiteres, daß auch Dr. Heinemann eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit will. Aber um diese Forderung geltend zu machen, bedarf es keiner neuen Partei. Bleibt also die zweite, rein negative Forderung, die sich gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag richtet. Eine Negation allein rechtfertigt aber nicht die Gründung einer politischen Partei, denn das Volk fordert von den Parteien mit Recht eine klare Antwort, wie sie seinen mannigfachen Nöten durch positive Arbeit zu begegnen gedenken. Im übrigen stünde die geplante Parteigründung hier mit den Kommunisten auf einer Linie. Sie sind die einzigen, die einen deutschen Verteidigungsbeitrag (soweit er nicht an die Sowjetunion geleistet würde) unter allen Umständen ablehnen. Hier unterscheiden sie sich sogar von der SPD, die bei aller Opposition gegen den EVG-Vertrag sich zu einer Anerkennung der Pflicht zur Verteidigung der Heimat wenigstens im Grundsatz durchgerungen hat.

Totalitäre Elemente will Dr. Heinemann

von seiner Parteigründung ausgeschlossen wissen. Wir sind davon überzeugt, daß er das ehrlich meint. Trotzdem glauben wir vorhersagen zu können, daß diese geplante Gründung im Falle ihrer Verwirklichung vom Bolschewismus her in solchem Maße unterwandert würde, daß ihren Gründern Hören und Sehen vergingen.

Nach allem, ist Dr. Heinemann, sofern er seine Absicht verwirklicht, im Begriffe, das politische Leben der Bundesrepublik durch eine weitere Splitterpartei zu „bereichern“. Damit begäbe er sich auf einen Weg, den er vor noch nicht zu langer Zeit aus guten Gründen entschieden abgelehnt hat. Am 21. Juli 1949 z. B. sprach Dr. Heinemann auf einer Wahlgroßkundgebung der CDU/CSU in Heidelberg. Damals erklärte er:

„Sinn und Ziel des Wählers ist es, die Regierung zu bilden... Regieren kann nur eine Mehrheit möglichst gleichgesinnter Kräfte. Es muß deshalb eine Konzentration dieser verwandten Kräfte stattfinden, um eine arbeitsfähige Regierung zu bilden... Ich sage, wer nicht die Mehrheit im politischen Leben anstreben will, soll gar nicht erst auf die politische Bühne treten.“

Diese Darlegungen, die wir auch heute noch für vollkommen zutreffend halten, sowie das, was er damals über die tragische Schuld der Splitterparteien gesagt hat, sollte Dr. Heinemann heute noch einmal klar überdenken, bevor er sich selbst in das Abenteuer der Gründung einer weiteren Splitterpartei stürzt, die zudem nur eine mit der KPD gleichlaufende und rein negative Zielsetzung hat.

## Landtagsauflösung in Niedersachsen nötig

Der Niedersächsische Landtag verhandelte am 8. November 1952 über den Antrag der CDU-, DP- und FDP-Fraktion, den Landtag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe haben 16 Landtagsabgeordnete der ehemaligen SRP ihr Mandat verloren. Damit sinkt die Gesamtzahl der Mandate von 158 auf 142, so daß die Mehrheitsverhältnisse bei Abstimmungen erheblich verändert sind. In der Debatte machten die Antragsteller geltend, daß das Karlsruher Urteil es dem ordentlichen Gesetzgeber ausdrücklich freistelle, die ihm richtig erscheinenden Maßnahmen zu treffen. Es komme daher dem Landtag zu, seine Angelegenheiten durchaus im Sinne des Urteils selbst zu ordnen und, wenn er es wünsche, sich selbst zu ergänzen.

Der CDU-Abg. Dr. Hofmeister, ehemaliger Niedersächsischer Justizminister, legte unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses die verfassungsrechtliche Seite des Karlsruher Urteils klar. Er vertrat die juristisch überzeugend fundierte Meinung, daß es dem Landtag nicht nur nach dem Karlsruher Urteil, sondern durch dieses Urteil selbst freistehe, sich zu entscheiden, ob er sich mit der zeitweisen

**„Die Haltung der Opposition bestärkt die Sowjet-Union in ihrer Meinung, daß der Zusammenschluß des Westens nicht absolut fest und sicher sei, bestärkt sie in ihrer Hoffnung, daß mit der Zeit die westliche Front doch bröckelig werden könnte, und daß daher sich doch noch auf die Dauer die Fortsetzung des kalten Krieges für die Sowjet-Union lohnen werde. Ungewollt, ich unterstreiche das „Ungewollt“, schiebt deswegen die Opposition mit dieser negativen Kritik den Zeitpunkt der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit hinaus.“**

Dr. Adenauer auf dem Berliner Parteitag

Verringerung der Mandate einverstanden erklären oder aber in der äußersten Konsequenz sich selbst auflösen wolle. Besonders bemerkenswert in seiner Rede war der Satz, daß man es unter keinen Umständen der Meinung der Polizei überlassen könne, was demokratisch handele und wer nicht. Während SPD und Zentrum sich mit Händen und Füßen gegen die Auflösung des Landtages sträubten, trug der Sprecher des BHE zwar keinen deutlich umrissenen, aber immerhin einen Kompromißvorschlag vor, der wahrscheinlich eine teilweise Neuwahl enthält, eine Neuwahl nämlich in den 4 Wahlkreisen, in denen die SRP bei den Landtagswahlen im vorigen Jahr ihre 4 direkten Mandate erlangt hatte. Im Anschluß an diese Neuwahl könnten dann die Reststimmen neu verteilt werden. Ob sich im Landtag bei der späteren Abstimmung eine Mehrheit für diesen Vorschlag finden wird, ist noch fraglich, zumal man annehmen muß, daß der BHE sich seine endgültige Stellungnahme erst auf Grund des Ausganges der Kommunalwahlen bilden wird.

Dazu ist zu bemerken, daß auch der Ausgang der Sonntagswahlen eine politische-moralische Stützung des Auflösungsantrages der CDU-, DP- und FDP-Fraktion bedeutet.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2 - Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102 Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn